SP

aktuell

Informationsblatt der Sozialdemokratischen Partei Münchenbuchsee

Postfach, 3053 Münchenbuchsee www.sp-buchsi.ch, info@sp-buchsi.ch

Nr. 137 November 2010

Ja zu den revidierten Gemeindeerlassen
Ja zur einmaligen Amtszeitverlängerung

Am 28.11.2010 stimmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Buchsi – nebst dem Budget 2011 – auch über die neuen, wichtigsten Gemeindeerlasse ab. Zudem hat das Volk über die einmalige Verlängerung der laufenden Legislatur zu befinden.

Organisationsreglement

Mit dem revidierten Organisationsreglement - der Gemeindeverfassung – sollen zwei neue Volksrechte eingeführt werden. Neu wird es die Möglichkeiten des **konstruktiven Referendums** (Volksvorschlag) und der Jugendmotion geben. Mit dem Volksvorschlag können 300 oder mehr stimmberechtigte Personen eine Abstimmung erwirken und dazu einen Gegenvorschlag einreichen. Die **Jugendmotion** geht auf eine vom Grossen Gemeinderat überwiesene Motion zurück, welche die SP ebenfalls unterstützt hat. Damit können 40 in der Gemeinde wohnhafte Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren vom Grossen Gemeinderat die Behandlung eines Anliegens verlangen. Die SP Buchsi hofft, dass die Buchser Jugendlichen zukünftig von diesem neuen Mitspracherecht Gebrauch machen werden.

Kommissionenreglement

Mit dem neu geschaffenen Kommissionenreglement werden auch Anpassungen bei den Kommissionen gemacht: So gibt es neu eine **Einbürgerungskommission.** Die SP Buchsi begrüsst es, dass das Einbürgerungsverfahren zukünftig von einem politisch breit abgestützten Fachgremium durchgeführt wird.

Zukünftig gibt es nur noch **eine Schulkommission** für sämtliche Stufen (inklusive Kindergarten).
Schliesslich wird die bisherige **Kulturkommission** zugunsten eines neu zu gründenden Kulturvereins aufgehoben. Der Kulturverein wird flexibel und unabhängig von parteipolitischen Zwängen Kultur fördern können. Die Gemeinde kann mit dem Kulturverein einen Leistungsvertrag vereinbaren.

Das Wahl- und Abstimmungsreglement

Die Anpassungen hier sind technischer und organisatorischer Natur. Das Reglement wird auf die grundsätzlichen Belange von Wahlen und Abstimmungen beschränkt.

Amtszeitverlängerung

Schliesslich kann das Volk über eine einmalige Amtszeitverlängerung der laufenden Legislatur befinden. Die nächsten kommunalen Wahlen würden damit 2012 statt 2011 stattfinden. Diese Vorlage geht auf eine von der SP eingereichte und vom Grossen Gemeinderat überwiesene Motion zurück. Ziel ist es, dass zukünftig die Wahlen auf Gemeindeebene nicht mehr gleichzeitig mit den Nationalratswahlen stattfinden. So kann verhindert werden, dass die Wählerinnen und Wähler von einer Flut von Wahlmaterial überrollt werden. Zudem sollen zukünftig kommunale Themen – statt nationale Wahlpropaganda – im Zentrum der Gemeindewahlen stehen. Eine solche Staffelung der Wahlen gibt es bereits in zahlreichen Nachbargemeinden.

Gemeindeabstimmungen vom 28. November 2010

JA zum Organisationsreglement

JA zum Kommissionenreglement

JA zum Wahl und Abstimmungsreglement

JA zur einmaligen Amtszeitverlängerung

JA zum Voranschlag 2011

Bei einer unveränderten Steueranlage von 1.52 und Abschreibungen auf dem Bilanzfehlbetrag von 0.850 Mio. Franken liegt ein ausgeglichenes Budget vor.

Allerdings sind wir gespannt, welche Auswirkungen das im Frühjahr 2010 vom Grossen Rat beschlossene Steuerentlastungspaket für Münchenbuchsee haben wird.
Die finanzielle Lage der Gemeinde bleibt angespannt. Wir werden weiterhin achtsam sein und wenn nötig Korrekturen fordern.

Nationale Abstimmungen vom 28. November 2010

JA zur Steuergerechtigkeits-Initiative, weil...

...durch sie der Missbrauch beim Steuerwettbewerb gestoppt wird.
...die Initiative eine zielgerichtete, massvolle Lösung ist.
...sie kleine und mittlere Einkommen und Vermögen schont.
...die Kantone und Gemeinden ihre Steuern weiterhin selber bestimmen.
...der Unfug mit degressiven Steuern definitiv abgestellt wird.
...so der Kampf «Jeder gegen jeden» verhindert wird.
...dadurch die Bevorteilung der Superreichen verhindert wird.
...ärmere Kantone damit mehr Einnahmen generieren können.
...die Mehreinnahmen nicht in Steuergeschenke an Abzocker umgemünzt werden.
...**sie mehr Steuergerechtigkeit bringt.**

NEIN zur Ausschaffungsinitiative, weil...

...sie völkerrechtswidrig und willkürlich ist.

JA zum Gegenvorschlag

Stichfrage : Soll die Volksinitiative oder der Gegenvorschlag in Kraft treten?

Volksinitiative ☐ Gegenvorschlag ☒

Redaktion: Eva Häberli Vogelsang, Kurt Pfister